

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Revidiert England seine Chinapolitik?

Neue Worte, aber der alte Geist.

London, 21. Dezember. (WTB.) „Daily News“ glaubt, das Memorandum, das letzten Sonntagabend vom britischen Geschäftsträger in Peking dem dortigen diplomatischen Korps mitgeteilt wurde, könne sich als ein epochemachendes Dokument erweisen. Großbritanniens neue Haltung gegenüber China werde jetzt zum erstenmal eingehend und offen dargelegt. Das Dokument werde, wenn es veröffentlicht wird, die Behauptung widerlegen, daß die Politik Großbritanniens in China von kommerziellem Imperialismus diktiert werde. Es erkenne das Vorhandensein und die Bedeutung der nationalen Idee in China an, bedeute aber in keiner Hinsicht eine Kapitulation vor den Forderungen Kantons.

Es wird festgestellt, daß nach britischer Ansicht die Zeit für eine Revidierung der bestehenden Verträge mit China gekommen ist und daß Großbritannien bereit sei, sich mit dieser Frage zu befassen, so weit die bestehenden Verhältnisse dies gestatten. Vorkünftig wird jedoch keine Konferenz vorgeschlagen. Das Memorandum fährt fort, es sei notwendig, dem chinesischen Nationalgefühl Zugeständnisse zu machen und das chinesische Volk vor allem von dem Gefühl zu befreien, daß es ungerechtfertigter auswärtiger Kontrolle unterworfen werde. Es wird daher im Prinzip Ueber-einstimmung mit dem Bericht der Exterritorialkommission ausgedrückt, insbesondere, da man der Ansicht sei, daß China viel getan habe, um sein Gerichtsverfahren zu verbessern. Das Memorandum schlägt die vorbehaltlose Gewährung der sogenannten Washingtoner Zuzugssteuern vor.

Das britische Memorandum ist bisher der Kantonregierung nicht mitgeteilt worden. Es sei nicht als Ultimatum für die anderen Mächte gedacht.

„Daily News“ schreibt, Großbritannien habe als erste der Mächte einen Schritt zur Versöhnung mit dem neuen China getan. Das Hochkommen des chinesischen Nationalismus habe eine

Revidierung der britischen Politik notwendig gemacht. Der volle Wortlaut des Memorandums werde in dieser oder in der nächsten Woche veröffentlicht werden.

Der Artikel des englischen liberalen Blattes über das Memorandum, das der neue englische Gesandte in China den Briten in Peking überreicht hat, ist geschickt aufgemacht. Er dient, ebenso wie ein halbes Duzend anderer Mitteilungen englischer Nachrichtenagenturen heute morgen, dazu, mit den schönklingenden Sätzen von einer künftigen Gleichstellung Chinas Propaganda zu machen. Ueber die Betonung der Bereitwilligkeit zu einer grundsätzlichen neuen Einstellung hinaus findet sich an wirklichen unmittelsbaren Zugeständnissen darin so gut wie nichts.

Das englische Memorandum ist nicht der Regierung in Kanton, es ist auch nicht der Regierung in Peking, soweit diese noch vorhanden ist, überreicht worden. Der englische Gesandte hat es seinen Kollegen, den Vertretern der anderen Mächte in Peking, übergeben. Statt mit China zu verhandeln, verhandelt England mit anderen Mächten über China. Englands angeblich neue Politik besteht also darin, mit neuen Worten die alten Methoden anzuwenden. Diese eine Tatsache zeigt besser als viele Worte, wie es mit dem neuen Geist englischer Politik gegenüber China bestellt ist.

Bürgerkriegstragödie.

London, 21. Dezember. (EP.) In Kalgan, der chinesischen Seehandelsstadt südlich von Peking, wurden 300 chinesische Kulis, die von den Nordtruppen gefangen genommen worden waren, in offenen Güterwagen nach Norden transportiert. Als die Wagen am Bestimmungsort angekommen waren, stellte es sich heraus, daß die Gefangenen sämtlich erkrankt waren. Die Behörden sandten die 300 Leichen in denselben Wagen wieder nach Kalgan zurück.

tion nicht den Sturz der gegenwärtigen Regierung Pilsudski bezweckt, sondern lediglich deren Rekonstruktion anstrebt. Jeder monarchistische Einfluß soll ausgeschaltet und gleichzeitig eine Aenderung der Politik gegenüber den Minderheitsvölkern herbeigeführt werden. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Polnisch-russischer Gefangenenaustausch.

Riga, 21. Dezember. (TL.) Zwischen der polnischen und der Sowjetregierung wurde, wie aus Moskau gemeldet wird, ein Austausch von Gefangenen vorgenommen. Die Sowjetregierung hat acht in Rußland verhaftete Priester gegen zwei in Polen verhaftete Kommunisten ausgetauscht.

Frankenfälscher Windischgräß wird krank.

Er muß operiert werden — aber man erfährt nicht warum.

Budapest, 21. Dezember. (WTB.) Auf Grund eines ärztlichen Gutachtens des Justizärztes wurde Prinz Windischgräß gestern nachmittag aus dem Gefängnislazarett in das Parksanatorium übergeführt, wo er einer Operation unterzogen wird. In einer Unterredung erklärte Professor Verebely, die Krankheit des Prinzen Windischgräß mache unbedingt eine Operation notwendig, er werde den Prinzen heute einer Untersuchung unterziehen und dann entscheiden, wann die Operation vorgenommen werden soll.

Strafantrag im Prozeß Kouzier.

Landau, 21. Dezember. (TL.) Im Germersheimer Prozeß beantragte der französische Staatsanwalt nach kurzem Plädoyer heute gegen den Unterleutnant Kouzier ein Jahr Gefängnis, bei den deutschen Angeklagten stellte er das Strafmaß frei, ersuchte jedoch, die Angeklagten, die sich in das unbesetzte Gebiet geflüchtet haben, schmerz zu bestrafen.

Kouzier habe sich im Falle Müller einen absichtlichen Totschlag, bei Rathes und Hofmann eine gefährliche Körperverletzung zuschulden kommen lassen. Jedoch könne man wegen Herausforderung mildernde Umstände annehmen.

Der deutsche Verteidiger der deutschen Angeklagten forderte für sie Freisprechung, da die Verhandlung ihre Unschuld ergeben habe.

Erdbeben in Südamerika.

Ein Vulkan in Tätigkeit.

Guayaquil (Ecuador), 21. Dezember. (WTB.) Nach Meldungen von der Grenze von Columbia ist die Stadt Corojama in Columbia durch ein Erdbeben zerstört worden. Man glaubt, daß der Vulkan Cumbal sich in Tätigkeit befindet. In Tulcan (Ecuador), 95 Meilen nördlich von Quito, wurde mehrere starke Erdstöße wahrgenommen.

Der Staatspräsident hat sich an die Unglücksfälle begeben. Es sind Lebensmittel, Kleidungsstücke, Arzneien und Zelte dorthin geschickt worden. Ein gestern abend von Iplales (Columbia) abgegangenes Telegramm meldet, daß in der Gegend des Vulkans Cumbal keine Opfer an Menschenleben zu beklagen sind.

Wandlungen.

Das Verhältnis der sozialistischen und der christlichen Arbeiterbewegung.

Von August Erdmann.

„Der entscheidende äußere und innere Zwang zur Wandlung der kapitalistischen Wirtschafts-gesinnung wird entweder vom Sozialismus ausgehen, oder diese Wandlung wird ausbleiben. Das Heilmittel für geistige Massenverirrungen liegt erfahrungsgemäß in den Gegenwirkungen, die sie bei anderen Gliedern der Volkswirtschaft auslösen. Der moderne Sozialismus ist die stärkste Gegenwirkung, die der Geist des Kapitalismus hervorbrachte.“

Wo steht das? In einem sozialdemokratischen Blatte? Nein, sondern in der Schrift „Kapitalismus und Sozialismus als seelisches Problem“ von Dr. August Pieper, Prälat und oberster Leiter des Volksvereins für das katholische Deutschland.

Pieper hat am marxistischen Sozialismus und besonders an der Sozialdemokratie manches auszufehen. Er sieht im wissenschaftlichen (dies Wort bei ihm im Zusammenhange mit Sozialismus immer in Anführungszeichen gesetzt!) Sozialismus eine Lehre voller Irrungen; er verwirft den Klassenhaß (das Wort Klassenbewußtsein kennt er nicht!) ebenso wie den Klassenkampf. Aber er hat noch viel mehr am Kapitalismus auszufehen während er die angeblichen Fehler und Mängel am Sozialismus in gewissem Sinne mehr als tragische, dormalis wirkliche Schuld auffaßt.

So beim „Klassenhaß“, der ihm erscheint als der „natürliche Gegenstoß des tödlich verletzten Lebensgemeinschaftswillens der von der alten Volksgemeinschaft ent-erbten Arbeiter gegen den Geist des Kapitalismus“, wie nach ihm überhaupt im Sozialismus „hinter allem Haße eine verletzte große Liebe lebt und weht“.

Der beim Klassenkampf, wo er kurz und bündig erklärt: „Der Klassenkampf von oben zwang dem Proletariat den brutalen Klassenkampf auf.“ Wenn er dabei weiter erklärt, daß die große Anzahl der Sozialisten einen Klassenegoismus treibe so schroff, wie er früher von den Besiehenden nicht vertreten worden sei, so müssen wir als Sozialdemokraten mit einem Weider! befehlen, daß er darin irtet.

Der bei dem überaus törichten Vorwurf der „Partei-horniertheit und Parteiuwahrscheinlichkeit“, aus der heraus die Sozialdemokraten nach 1918 sich als unfähig zum Wiederaufbau erwiesen und ihre „Vormacht“ so selbstsüchtig ausgenutzt haben soll, daß der neue Staat hilflos verarmte und nach außen wie nach innen ohnmächtig wurde — worauf er dann bemerkt, das sei „die unabwähbare tragische Mitschuld der Sozialdemokratie, der herrschende Geist des Kapitalismus trägt die größere Schuld.“

Aber bei allem, was er am Sozialismus, insbesondere am angeblich kalten, nationalistisch marxistischen Sozialismus auszufehen hat, erkennt Pieper doch an, daß der Sozialismus, mit dem man es im Leben zu tun habe, mehr als ein abstraktes Verstandeserzeugnis sei:

„Er ist Lebenswille. Aus diesen Lebensgefühlen schöpfen die heutigen Sozialisten den Mut und die Kraft, so lange nach neuen Programmen, Mitteln und Wegen des Klassenkampfes zur Verwirklichung des Sozialismus zu suchen, wenn die alten sich als unzureichend erwiesen haben, als sie überzeugt sind, daß die Segne des Sozialismus aus Klasseninteressen dessen Lebenswillen zur Herbeiführung einer höheren Volksgemeinschaft ablehnen.“

Immer wieder betont Pieper, daß der Sozialismus der Träger eines überaus starken Lebens- und Gemeinschaftswillens sei, und diesen Willen möchte er, der sich „nicht zu den Sozialisten, aber auch nicht zu den Parteigängern des Geistes des Kapitalismus“ zählt, nutzbar machen in der Weise:

„daß die zu einer ersten Reform des Volkstums zusammenlebenden gewählten Nichtsozialisten und die Anhänger des Klassenkämpferischen Sozialismus, beide aus dem zwingenden Bewußtsein, daß sie als Glieder des einen deutschen Volkes zueinander gehören, über die Bejahung des Sinnes des neuen sozialistischen Lebenswillens eine Einigung suchen, welche dann beide gemeinsam in einer höheren organischen Lebensgemeinschaft des Vertrauens und des Wohlwollens zu verwirklichen gewillt sind.“

Ein Anhänger des klassenkämpferischen Sozialismus würde das, was hier angebahnt werden soll, ganz gewiß mit etwas anderen Worten ausdrücken. Aber keiner von uns wird die gewaltige Wandlung verkennen, die sich in diesen Neußerungen aus dem Lager des katholischen Volksvereins gegenüber den dort geltenden Auffassungen in den ersten Jahrzehnten seines Wirkens kundgibt. Der Volksverein wurde 1890 gegründet zur Bekämpfung der „schweren Irrtümer und bedenklichen Umsturzpläne“ der Zeit, die „vor allem die Sozialdemokratie nicht nur verbreiten, sondern auch praktisch ins Leben einführen will“. In diesem Geiste wurden von M. Gladbach die Angehörigen der katholischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften unterrichtet. Der Sozialismus, die Sozialdemokratie war für alles, was sich christlich nannte, der Feind. In dieser Stimmung haben sich katholische und sozialistische Arbeiter jahrzehntelang gegenübergestellt. Dieser Kampf hat gewiß der Arbeiterbewegung im allgemeinen geschadet, aber das, was von M. Gladbach beabsichtigt war: der Sozialdemokratie den Weg zu

Der Gaskrieg — human!

Perhing und Borah für das Verbot, aber die Opposition aus Humanitätsgründen dagegen.

Washington, 21. Dezember. (EP.) In dem auswärtigen Ausschuss des Senats wurde während der Debatte über die Ratifizierung des Genfer Gaskriegsabkommens ein Schreiben des Generals Perhing verlesen, in dem sich dieser für die Unterzeichnung des Abkommens ausspricht. Borah tritt wie Perhing für die Ratifizierung des Abkommens ein. Die Opposition, die von dem Vorsitzenden der Militärkommission Watchouse geführt wird, bezeichnete das Gas als eine humane Kriegswaffe.

Daß es nach den Erfahrungen des Weltkrieges noch mächtige Einflüsse gibt, die sich für den Gaskrieg aussprechen, sollte man nicht für möglich halten. Und doch ist es, wenigstens in den Vereinigten Staaten, so. Der parlamentarische Kampf, ob Amerika den Vertrag über das Verbot des Gaskrieges ratifizieren soll, tobt dort schon seit Monaten. Sein Ausgang ist keineswegs entschieden. Der Antrag der Regierung, zu ratifizieren, liegt dem Auswärtigen Ausschuss bereits zum zweitenmal vor. Der Senat hatte ihn nämlich nicht angenommen, sondern an den Ausschuss zurückverwiesen, ohne ihn zu ratifizieren. Das ist die dort übliche Art, in höflicher Form die Ratifizierung eines Vertrages abzulehnen.

Es haben sich sehr bald nach Abschluß der Genfer Konferenz des Völkerbundes über das Verbot des Gaskrieges die ökonomischen Kräfte gesammelt, die ein geschäftliches Interesse daran haben, daß der Staat Millionen über Millionen für den chemischen Krieg alljährlich in sein Budget einsetzt. Es wurde ein „Reichsverband für chemische Landesverteidigung“ gegründet. Seine Propaganda erhielt einen mächtigen Rückhalt dadurch, daß die „American Legion“, der einflußreiche Verband der Frontsoldaten, das Verbot der Giftgase im Krieg ablehnte. Immerhin scheinen die fortschrittlichen Kräfte nicht locker zu lassen, um einen Ratifikationsbeschluss im Auswärtigen Ausschuss und im Senat durchzuführen. Aber es sieht so aus, als ob die Regierung nicht mehr den Mut hat, sich mit Energie für das Giftgasverbot einzusetzen, nachdem ihr Versuch, die Vereinigten Staaten dem Weltgerichtshof des Völkerbundes beitreten zu lassen, in der wachsenden Opposition zu scheitern droht.

Als Deutschland den Vertrag über das Giftgasverbot unterzeichnete, erschien das als eine Selbstverständlichkeit, kaum wert, sie zu erwähnen. Soll Europa wirklich das Trauerspiel erleben, daß Amerika, dessen Waffen mit Kreuzzugs-gedanken gegen den Militarismus zur Teilnahme am Weltkrieg begeistert wurden, nun den Giftgasmilitarismus eines neuen Weltkrieges international billigt?

Sozialisten gegen Pilsudski.

Parteitagsbeschluss der PPS.

Warschau, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der außerordentliche Parteitag der polnischen Sozialdemokratie, der am Sonntag und Montag tagte, bewilligte den Beschluss des Zentralsekretariats über die oppositionelle Haltung gegen die Regierung. In der Entschließung heißt es jedoch gleichzeitig, daß diese Oppo-

